

Stellungnahme des BSM e.V.

EU - Dienstleistungsrichtlinie (DLR)

hier: Auswirkungen auf die Wochenmärkte in Deutschland

Der BSM e.V. fordert die für die Umsetzung in nationales Recht zuständigen Stellen zu einer gewerbevertraglichen Umsetzung dieser Richtlinie auf.

Zunächst bestehen grundsätzliche Bedenken gegen die Richtlinie hinsichtlich der Klarheit und Konsequenzen in der Praxis. Der verfügbare Teil umfasst 18, die Erwägungsgründe hierzu 14 und das Handbuch zur Umsetzung 93 Seiten. Der Europäische Gesetzgeber hat selbst die erhebliche Erklärungsbedürftigkeit seines Werkes erkannt.

Die Auslegungsmöglichkeiten und Spielräume müssen von den jeweils zuständigen nationalen Institutionen genutzt werden, damit die Richtlinie nicht die bewährten Marktstrukturen und -verfahren aufhebt

Anwendungsbereich

Der Anwendungsbereich ist sehr weit gefasst und regelt nahezu alle gewerblichen Tätigkeiten bis auf die in der Richtlinie selbst festgelegten Ausnahmen.

Die sachlich begründete und berechtigte Unterscheidung in Dienstleistung und Handel wird aufgehoben. Dieser Richtlinie liegt eine überzogene Definition des Dienstleistungsbegriffes zu Grunde.

Auf den Märkten werden Güter des alltäglichen Bedarfs verkauft. Das Finanzvolumen des einzelnen Verkaufsvorganges ist in der Regel gering, der Kunde sieht die Ware und hat alle für die Kaufentscheidung maßgeblichen Informationen.

Der BSM fordert, den Warenhandel im Reisegewerbe aus dem Anwendungsbereich heraus zu nehmen.

Zulassung zu Standplätzen

Zeitliche Befristung der Zulassung

Die von der Richtlinie geforderte zeitliche Beschränkung der Genehmigungen bedroht insbesondere die Existenz der Kaufleute im Wochenmarkthandel. In Hessen wurden bereits Marktsatzungen geändert. Außerdem widerspricht sie in jeglicher Weise den existierenden Abläufen auf den Märkten.

Auf Grundlage einer Mustermarktsatzung des Hessischen Städtetages (maximal 3 bis 6 Monate Zulassung für Wochenmärkte) werden die Zulassungen für kürzere Zeiträume als bisher erteilt. Den Betrieben fehlt jegliche Planungssicherheit. Der Aufbau eines Kundenstammes ist zeitaufwendig. Neue Kunden müssen gewonnen, die Stammkundschaft gepflegt werden. Investitionen werden so verhindert und etablierte Märkte gefährdet.

Wenn ein Wochenmarktbesucher sich über viele Jahre gegenüber dem Veranstalter vertragstreu erwiesen hat und auf eine große Resonanz bei den Marktkunden stößt, besteht keine Veranlassung, die bewährten Strukturen aufzubrechen. Damit ist keiner Seite geholfen, am wenigsten den Kunden, die vergeblich nach dem Händler ihres Vertrauens suchen und als Konsequenz auf dem Markt künftig nicht mehr einzukaufen. Denn gerade das Vertrauen der Kundschaft in seinen Anbieter ist ein entschiedenes Kriterium und Merkmal für die Kundschaft.

Auswahlkriterium „Bekannt und Bewährt“

In der bereits erwähnten Muster-Marktsatzung des Hessischen Städtetages wird das Auswahlkriterium „Bekannt und Bewährt“ als Verstoß gegen die DLR und daher als ungeeignet betrachtet.

Diese Auffassung ist fehlerhaft. Das Bundesverwaltungsgericht hat in einer richtungsweisenden Entscheidung zu den Grenzen der Privatisierung kommunaler Märkte (27. Mai 2009 BVerwG 8 C 10.08) festgestellt:

„36 Es wird zudem übersehen, dass die Gerichte seit jeher bei der Ausrichtung von traditionellen und traditionsbildenden Volksfesten und Weihnachtsmärkten den Charakter der freien Selbstverwaltungsaufgabe und der Daseinsvorsorge hervorgehoben haben (BayVGh, Urteil vom 23. März 1988 4 B 86.02336 GewArch 1988, 245). Die sozialen Gesichtspunkte wie Veranstaltung von Altennachmittagen, das Auftreten von Musikkapellen und das Bestehen von Kindernachmittagen spielen bei derartigen Veranstaltungen eine erhebliche Rolle (vgl. BayVGh, a.a.O. S. 246). Es ist auch seit Langem anerkannt, dass für einen traditionsbildenden und traditionellen Weihnachtsmarkt mit kommunalpolitischer Relevanz das Besucherinteresse, vertraute und beliebte Darbietungen aus früheren Veranstaltungen wieder zu finden und den

Kontakt mit den Bürgern untereinander sicherzustellen, eine wesentliche Rolle spielt (vgl. BayVGh, Urteil vom 3. März 1980 22.B 1297/79 GewArch 1980, 299).

Angesichts des Entscheidungsdatums Mai 2009 darf davon ausgegangen werden, dass dieses Urteil in Kenntnis der DLR erfolgte.

Die Ausführungen unter Nummer 36 sind auch auf Wochenmärkte übertragbar. Deren kommunalpolitische und soziale Bedeutung muss in Anbetracht der wohnortnahen Versorgungsfunktion für die Bevölkerung nicht weiter begründet werden. Längerfristige

Zulassungen für Wochenmarktplätze verstoßen demnach nicht gegen die DLR. Die vom Hessischen Städtetag empfohlenen 3 bis 6 Monate für Wochenmärkte sind willkürlich festgelegt und finden keine Stütze in der DLR.

Der BSM fordert, im Rahmen der Umsetzung der DLR Augenmaß zu bewahren, auf die Verhältnismäßigkeit zu achten und Auswirkungen auf bestehende Strukturen zu berücksichtigen:

- 1.) Keine formelhafte und unreflektierte Übernahme in das deutsche Rechtssystem
- 2.) Interessenausgleich herbeiführen
- 3.) Keine Existenzgefährdung von Kleinbetrieben

24. März 2010